

Mai 2018

## Schweizer Sicherheitspolitik vor wichtigen Entscheiden

Von globalen Krisenherden und den sich daraus ergebenden Herausforderungen für kommende Beschaffungen



## Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>1 Eine Welt voller Konflikte</b>	<b>4</b>
1.1 Der asiatische Raum; geprägt von Atomwaffen und Territorialkonflikten	4
1.2 Extremistengruppen fast in allen gegen- wärtigen (Bürger-) Kriegen involviert	5
1.3 Pulverfässer Naher/Mittlerer Osten und Ostukraine	5
1.4 Globale Machtverschiebungen	6
<b>2 Mangelhafte Rüstungspolitik der Schweiz</b>	<b>7</b>
2.1 Ein neutraler Staat muss sich letztlich alleine verteidigen können	7
2.2 Schweizer Notkocher auf Sparflamme	7
2.3 Wurden aus dem Gripen-Debakel die richtigen Konsequenzen gezogen?	8
<b>3 Die Schweiz am Scheideweg</b>	<b>10</b>
3.1 Eine Einordnung	10
3.2 Erforderliche Massnahmen	11

## Vorwort

*Angesichts der jüngsten geopolitischen Entwicklungen ist es wieder zunehmend schwierig geworden, von der Welt als einem Ganzen zu sprechen. Das fällt besonders Europäern schwer, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges und der unmittelbaren Bedrohung in einer Wohlfühl-Sicherheitspolitik voller Friedensdividenden wiederfanden. Wir erleben derzeit den Zerfall der Nachkriegsordnung, die Versuche zum Aufbau und Erhalt globaler Rahmenwerke sind im Scheitern begriffen. Die Folgen sind das Entstehen regionaler Ordnungen – oder, am deutlichsten erkennbar im Nahen Osten – Unordnungen je eigener Ausprägung.*

*Vor diesem Hintergrund ist die Schweizer Sicherheitspolitik gefordert. Grosse Vorhaben zur Wiederherstellung unserer seit den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts im Abbau begriffenen Streitkräfte stehen an, insbesondere im Bereich der Luftverteidigung, sei es bodengestützt, sei es in der Luft selber. Sollen sie bewältigt werden, braucht es Mut, ausreichende Mittel, vertrauenserweckende Beschaffungsprozesse und rasche Entscheide.*

*Dr. Günter Heuberger, Präsident*



# 1. Eine Welt voller Konflikte

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien die friedliche Weltordnung robuster denn je. Heute jedoch, ein Vierteljahrhundert später, steht ihre Zukunft in Zweifel. Die Rivalität zwischen den Grossmächten ist mit Getöse zurück auf der Bühne der Weltpolitik. Russland hat gegen grundlegende Normen internationaler Beziehungen verstossen: Der russische Langzeit-Präsident Putin hat nicht nur durch Einsatz bewaffneter Kräfte Grenzen innerhalb von Europa verschoben, mit den von ihm gebilligten Bemühungen zur Beeinflussung der US-Wahlen 2016 hat Russland auch die Souveränität der USA verletzt und wahrscheinlich hält er Abrüstungsabkommen aus der Endphase des Kalten Krieges nicht mehr ein. Nordkorea hat sich über den starken internationalen Konsens gegen die Verbreitung von Atomwaffen hinweggesetzt. Die Welt hat lange tatenlos oder mit grosser Zurückhaltung zugesehen, wie sich in Syrien und im Jemen Bürgerkriege mit begleitend humanitären Alpträumen entwickelten, der Nahe Osten scheint so instabil wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Venezuela ist ein scheiternder Staat, Erdogan führt die Türkei zurück in vordemokratische Zustände. Von hundert Menschen weltweit ist heute einer ein Flüchtling oder ein Vertriebener.

Nach dem Vertrauensverlust der Menschen im Gefolge der Finanzkrise haben die Flüchtlings- und Migrationsprobleme in kürzester Zeit die politische Landschaft umgepflügt: Populisten, Nationalisten und instabile Mehrheiten prägen die Governance wichtiger Staaten wie Grossbritannien, Deutschland, Italien, Ungarn und Polen. Gewaltenteilung, Menschenrechte und stabile Finanzsysteme sind infrage gestellt; Rekordverschuldungen bilden die abschüssige Geisterbahn möglicher weiterer Finanz- und Politikrisen.

## 1.1 Der asiatische Raum; geprägt von Atomwaffen und Territorialkonflikten

Experten argwöhnen, dass Nordkorea mit Interkontinentalraketen in der Lage wäre, das amerikanische Festland zu treffen. Die zahlreichen Raketentests und Forschungsbemühungen der asiatischen Diktatur führten dazu, dass

Atomsprengköpfe nun so verkleinert werden konnten, dass sie mit den Interkontinentalraketen transportiert werden können. Zu diesem erschreckenden Schluss kamen der amerikanische Militärgeschichtsdienst sowie das japanische Aussenministerium. Darüber hinaus wurde im Herbst 2017 ein Atombombentest durchgeführt, der eine Sprengkraft von 100 bis 140 Kilotonnen aufbringen konnte – in Hiroshima waren es 15 Kilotonnen.<sup>1</sup>

Während sich Kim Jong-Un und Donald Trump gegenseitig mit dem atomaren Abschussknopf drohen, zeichnet sich eine Annäherung der beiden koreanischen Nationen ab, was wiederum der japanischen Regierung zuwiderläuft. Die Regierung von Shinzo Abe wünscht sich ein konsequenteres Vorgehen gegen das nordkoreanische Regime. China verhält sich in diesem Konfliktherd eher zurückhaltend, ist aber nicht bereit, der amerikanischen Politik die Führung zu überlassen und hat kürzlich gerade wieder dem nordkoreanischen Machthaber mit seinem Besuch in Peking einen Prestige-Erfolg erlaubt. Mit dem langjährigen China-Taiwan-Konflikt und den Territorialkonflikten im Südchinesischen Meer hat aber auch China sich mit brisanten geopolitischen Krisenherden zu beschäftigen. Im Südchinesischen Meer erheben mit China, Taiwan, Japan, Südkorea, den Philippinen, Indonesien und Vietnam ganze sieben Staaten zum Teil dieselben territorialen Ansprüche. Dabei stehen Rohstoffvorkommen und reiche Fischgründe im Vordergrund, jedoch ebenso taktische und strategische Überlegungen, die zum Ziel haben, die maritime Dominanz der US-Navy im pazifischen Raum zu brechen. Durch die Involvierung von «Drittstaaten» wie den Vereinigten Staaten oder Indien wird das schon beträchtliche Eskalationspotenzial noch verstärkt.

<sup>1</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*; <https://www.nzz.ch/international/nordkorea/atommacht-nordkorea-nordkoreas-raketenarsenal-und-seine-reichweiten-ld.151690>, Stand: 27.02.2018.

## 1.2 Extremistengruppen fast in allen gegenwärtigen (Bürger-) Kriegen involviert

In vielen Ländern, in denen gegenwärtig ein kriegerischer Konflikt herrscht, spielen islamistische Extremistengruppen eine wesentliche Rolle. Die Lage wird oftmals verstärkt prekär, wenn sich bekämpfende Fraktionen und Regierungen von unterschiedlichen ausländischen Staaten unterstützt werden, wie dies beispielsweise im Jemen der Fall ist. Auch in Syrien ist die Situation inzwischen so komplex, dass die sich überlagernden Allianzen von Staaten und verschiedenen bewaffneten Milizgruppen selbst für den interessierten Beobachter kaum mehr überschaubar sind. Die untenstehende Grafik gibt einen Überblick solcher gegenwärtigen Krisenherde, bei welchen islamistische Gruppierungen eine wesentliche Rolle spielen (siehe Abbildung 1).

Land	Extremistengruppen
Nigeria, Tschad	Boko Haram
Libyen	Islamischer Staat
Philippine	Abu Sayyaf
Somalia	Al-Shabaab
Syrien	Islamischer Staat/Dschaisch al-Fatash
Jemen	Huthi-Rebellen/Islamischer Staat/Al-Quaida
Irak	Islamischer Staat
Afghanistan	Al-Quaida/Taliban/Islamischer Staat

*Krisenherde mit Beteiligung von islamistischen Gruppierungen (Quelle: Eigene Darstellung)*

Vor allem die Bürgerkriege in Libyen und Syrien bringen eine herausfordernde Anzahl an Flüchtlingen nach Europa, die in den meisten Fällen in einem zentraleuropäischen Land um Schutz suchen. Diese Situation wird durch ökonomische Schwierigkeiten in Afrika verschärft. Europa ist sich bei der Frage der Verteilung der Flüchtlinge alles andere als einig, weshalb dieses Politikum immer noch zu einer Zerreißprobe für die europäische Staatengemeinschaft werden könnte.

Neben der Flüchtlings- und Migrationsfrage zeitigen die islamistisch induzierten Konflikte weltweite Auswirkungen durch den Terrorismus. Betroffen vom islamistischem Terrorismus sind zunächst die Menschen im muslimischen Kulturkreis selbst. Dort versuchen die

Terroristen, die aus ihrer Sicht nicht islamisch legitimierten und/oder zu prowestlichen Regime gewalttätig zu destabilisieren und durch ihre Vorstellung eines fundamentalistischen Gottesstaates zu ersetzen.

In der westlichen Weltöffentlichkeit finden dagegen hauptsächlich die Anschläge innerhalb der westlichen Welt (USA, Frankreich, UK) Aufmerksamkeit, während vergleichbare Angriffe gegen Christen und andere religiöse Minderheiten in Afrika und im Nahen Osten kaum wahrgenommen werden. Weitere Brennpunkte des islamistischen Terrorismus sind die Südgrenze der ehemaligen Sowjetunion (Kaukasuskonflikte), Indien und Teile Ozeaniens.

## 1.3 Pulverfässer Naher/Mittlerer Osten und Ostukraine

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens war seit Ende des Zweiten Weltkriegs Schauplatz von vielen Krisen und Konflikten, die in erheblichem Masse die regionale und internationale Sicherheit bedroht haben. Ein wichtiger Kernpunkt der Auseinandersetzungen ist der Palästina-Konflikt. Dieser Konflikt konnte bis heute nicht gelöst werden. Immer wieder nehmen die Spannungen zu und minimale Erfolge bei Friedensbestrebungen werden stets zunichte gemacht. Die jüngste Äusserung des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman – «Israelis haben das Recht auf ihr eigenes Land» – liess einen Keim von Hoffnung aufkommen, dass Friedensbestrebungen in naher Zukunft auf fruchtbaren Boden stossen könnten. Die Realität wird wahrscheinlich anders aussehen.

In Syrien tobt ein heftiger Krieg mit verschiedenen Akteuren; ein erbitterter Bürgerkrieg wütet im Jemen. Im Libanon und im Irak herrschen höchst instabile Verhältnisse, auch Ägypten kommt seit dem Arabischen Frühling nicht mehr zur Ruhe. Worauf immer man den Blick im Nahen und Mittleren Osten auch richtet, erkennt man Konflikte, Kriege und Unruhen. Eine Verbesserung der Situation ist kaum in Sicht. Das Gegenteil ist der Fall: Man muss stets mit einer Zuspitzung der Lage rechnen. Dies auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass man nie weiss, welche Einflüsse Grossmächte wie die USA oder Russland auf die Region ausüben werden.

Für Zündstoff in Europa sorgte die russische Annexion der Krim im Jahre 2014. Die ukrainischen Bemühungen, eine Annäherung an Europa und die NATO zu erreichen, wusste Russland durch Unterstützung von separatistischen Kräften in der überwiegend russischsprachigen Ostukraine und der Entsendung bewaffneter «Freiwilliger» zu verhindern. Diese Vorgehensweise hat die übersättigten und seit den 90er-Jahren in einer Abrüstungsspirale befindlichen europäischen Regierungen überrascht und führte schliesslich zu anhaltenden Spannungen in Osteuropa. Als Reaktion verstärkte die NATO ihre Präsenz im Baltikum und in Ostpolen – mehr mit medial wahrnehmbaren Truppen und Luftwaffenstationierungen, denn mit ernst zunehmender Anwesenheit schlagkräftiger Verbände. Die NATO, deren Existenzrecht durch die kollektive Verteidigung gegeben ist, signalisiert dadurch, dass jede Aggression gegen ein NATO-Mitglied inakzeptable Kosten verursachen würde<sup>2</sup>. Russland rüstete seinerseits sein Waffenarsenal unter anderem in Kaliningrad auf. Die russische Exklave – eingeschlossen von Lettland, Polen und der Ostsee – gilt als militärisch am dichtesten gerüstete Gegend in Europa.<sup>3</sup>



Soldaten unbekannter Herkunft in Simferopol  
(Quelle: Wikicommons)

#### 1.4 Globale Machtverschiebungen

Die Spannungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten sind so real wie seit Langem nicht mehr, wobei sich diese mit der Untersuchung der russischen Einflussnahme bei den US-Präsidentenwahlen und im Gefolge der aktuellen Giftgas-Affäre in Grossbritannien weiter aufheizen. Statt Abrüstung erfolgt ein Rüstungswettbewerb, in dessen Rahmen in teure Modernisierungsprogramme investiert wird und auch kein Halt vor der atomaren Aufrüstung gemacht wird. Spätestens seit dem Amtsantritt von Donald Trump wird die Rolle der USA als Weltpolizist öffentlich infrage gestellt. So wurde eine Zeit eingeläutet, in der die amerikanische Allgegenwärtigkeit und Allzuständigkeit zu schwinden droht.<sup>4</sup> Allgemein verlieren die «westlichen Mächte», deren Grundpfeiler eine starke Wirtschaft, militärische Stärke und zahlreiche Allianzen auf der Basis von demokratischen Wertvorstellungen sind, nach zwei Golfkriegen, dem andauernden Konflikt in Afghanistan und Verzettelung der verbleibenden Kräfte in vielen Brandherden bei der Terrorismusbekämpfung an Bedeutung. In das neue Machtvakuum versuchen vor allem Russland und China vorzustoßen und verfolgen deshalb eine sehr strategische Aussenpolitik. Dabei betitelte der ehemalige deutsche Aussenminister Sigmar Gabriel China als «das einzige Land der Welt mit einer wirklichen globalen geostrategischen Idee».<sup>5</sup> Diese Entwicklung sollte uns Europäer zum Nachdenken und Handeln anregen, gerade vor dem Hintergrund der Demokratie, der individuellen Menschenrechte und unserer Wertevorstellungen. Welche Auswirkungen eine Weltpolizei namens Russland oder China – anstelle der USA – haben wird, ist zurzeit noch schwierig abschätz- und vorstellbar. Diese Entwicklungen führen zu Vertrauensverlust, Unsicherheit und globaler Rivalität, welche wiederum das Bedürfnis nach Sicherheit und militärischer Schlagkraft verstärken. Allianzen, Abrüstung und gemeinsames Engagement werden abgelöst von Handelsbeschränkungen, Aufrüstung und militärischen Abschreckungsmanövern.

<sup>2</sup> Vgl. NZZ; <https://www.nzz.ch/meinung/die-nato-im-zeitalter-globalisierter-bedrohungen-ld.1355205>, Stand 02.03.2018

<sup>3</sup> Vgl. Welt; <https://www.welt.de/politik/ausland/article160310936/Russlands-Festung-innerhalb-der-Nato.html>, Stand: 27.02.2018

<sup>4</sup> Vgl. Der Standard; <https://derstandard.at/2000072864668/Unter-Trump-beginnt-die-amerikanische-Abdankung>, Stand: 28.02.2018.

<sup>5</sup> Vgl. Die Zeit; <http://www.zeit.de/politik/ausland/2018-02/europas-aussenpolitik-muenchner-sicherheitskonferenz-westen-bedrohung>, Stand: 28.02.2018.

## 2. Mangelhafte Rüstungspolitik der Schweiz

### 2.1 Ein neutraler Staat muss sich letztlich alleine verteidigen können

Der Weltfrieden scheint brüchiger geworden. Die friedliche Weltordnung basierte auf realer Macht: Diese wurde durch die wirtschaftliche und militärische Stärke der USA, ein Europa und Asien überspannendes Bündnisnetz sowie Atomwaffen gestützt. Das genannte Zusammenspiel schreckte potenzielle Aggressoren ab. Heute ist diese Ordnung gefährdet, die USA hat sich mit unterschiedlichen Agenden unter den Administrationen Obama und Trump anders orientiert. Darum herrschen heute Spannungen, keimen Konflikte oder wüten gar Kriege, die vor ein paar Jahren so noch undenkbar gewesen wären.

Die weltweiten militärischen Ausgaben im Jahre 2017 betragen 1'620 Milliarden Dollar, wobei alleine auf die USA 642 Milliarden und somit fast 40% der gesamten Ausgaben fallen.<sup>6</sup> Gemessen am prozentualen Anteil der Rüstungsausgaben bezogen zum BIP rangiert die Schweiz auf Platz 131 (von total 152 berücksichtigten Ländern). Die Zielgrösse der Nato ist 2% des BIP, wohingegen die Schweiz lediglich etwa 0.7% des BIP für Rüstungsausgaben aufwendet. Dies ist einer der tiefsten Werte weltweit und widerspiegelt angesichts der realen geopolitischen Verhältnisse eine verfehlte Haltung der Schweiz (**siehe Abbildung 3**).

Während Rüstungsaufwendungen in der Schweiz in den letzten Jahren eher einen schwierigen Stand hatten, sind die EU-Staaten neuerdings bemüht, ihre Sicherheitspolitik gemeinsam voranzubringen. Die EU-Verteidigungsminister haben dafür Ende 2017 ein Grundsatzdokument unterzeichnet, welches eine gemeinsame Verteidigungspolitik und höhere Rüstungsausgaben (Kooperationsmodell: PESCO) vorsieht. Mit dem ebenfalls beschlossenen Verteidigungsfonds sollen gemeinsame Rüstungsprojekte realisiert werden, wie moderne Führungs- und Übermittlungssysteme, Aktivitäten zur Cyberabwehr und

<sup>6</sup> Vgl. *Jane's Defence Weekly*; Caffrey Craig (2018), *Optimistic Outlook*, 55(9).

die Erleichterung von grenzüberschreitenden Truppenbewegungen.<sup>7</sup>

Die Schweiz ist – nebst einigen Kleinststaaten – das einzige Land zwischen dem Atlantik und der Ukraine, das weder der NATO angehört noch Teil der EU mit ihrer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist. Einzige Anbindung an internationale Bemühungen bietet unsere Teilnahme an der Partnership for Peace (PfP), welche einen institutionalisierten Rahmen für sicherheitspolitische Dialoge mit den 28 NATO-Mitgliedern und 22 Partnerstaaten bietet. Durch die PfP kann die Schweiz wichtige Impulse empfangen oder selber einbringen; diese trägt auch dazu bei, dass Schweizer Streitkräfte auf die Teilnahme an friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland vorbereitet werden und so Erfahrungen vor Ort sammeln können. Dies unter der Führung der NATO, der EU oder der Vereinten Nationen (UNO).<sup>8</sup>

Letztlich muss sich die neutrale Schweiz jedoch selber verteidigen können. Das lässt sich schön durch ein Beispiel, welches Bundesrat Guy Parmelin in einem Interview ausführte, veranschaulichen: So verzichtet Slowenien auf eigene Kampfflugzeuge für die Sicherung des Luftraums. Diese übernimmt die NATO. Im Gegenzug dazu musste sich Slowenien jedoch dazu verpflichten, Militärkräfte nach Afghanistan zu schicken.<sup>9</sup> In der neutralen Schweiz wären solche Gegengeschäfte eine politische Unmöglichkeit.

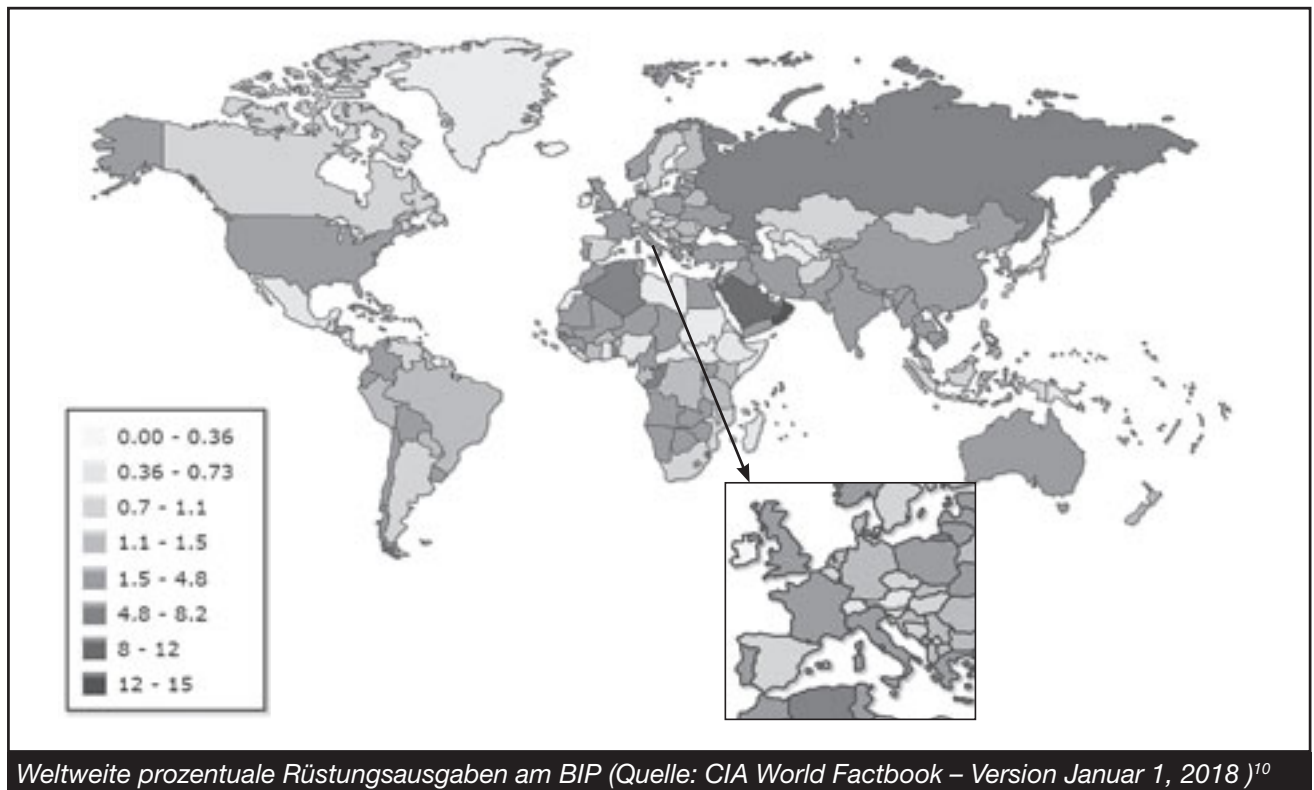
### 2.2 Schweizer Notkocher auf Sparflamme

Mit der Armee reform Weiterentwicklung der Armee (WEA) werden die Truppenbestände auf einen Sollbestand von 100'000 Armeeangehörigen reduziert. Es hat

<sup>7</sup> Vgl. *NZZ*; <https://www.nzz.ch/international/die-eu-militaerpolitik-steht-erst-am-anfang-ld.1365020>, Stand: 09.03.2018.

<sup>8</sup> Vgl. *EDA*; <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/nato-partnerschaft fuer den frieden.html>, Stand: 14.03.2018.

<sup>9</sup> Vgl. *20 Minuten*; <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/Herr-Parmelin--warum-keine-Ferien-fuer-Papis--19571905>, Stand: 14.03.2018.



mittlerweile Tradition, dass bei jeder Armee reform der Truppenbestand noch weiter abgebaut wird. Dieser Schrumpfungsprozess ist unter anderem auf die chronische Unterfinanzierung der Armee zurückzuführen (siehe Abbildung 5).

Mit der Durchsetzung der Haltung des Parlamentes in Form einer kleineren Armee, dafür einem voraussichtlichen jährlichen Kostendach von 5 Milliarden Schweizer Franken (4-Jahres-Finanzrahmen), wurde ein klassischer Kompromiss gefunden.<sup>11</sup> Dieser Entscheid hat weitreichende Folgen. Die Schweizer Armee wird nun erneut – nach einer durchlebten Serie von Reformen – einschneidend umgebaut. 2022 soll die Umsetzung der WEA ihr Ende finden, wobei zu diesem Zeitpunkt auch die vollständige Ausrüstung der Truppen Realität sein sollte. Bezo-

<sup>10</sup> Vgl. Indexmundi; <https://www.indexmundi.com/map/?v=132&l=de>, Stand 07.03.2018.

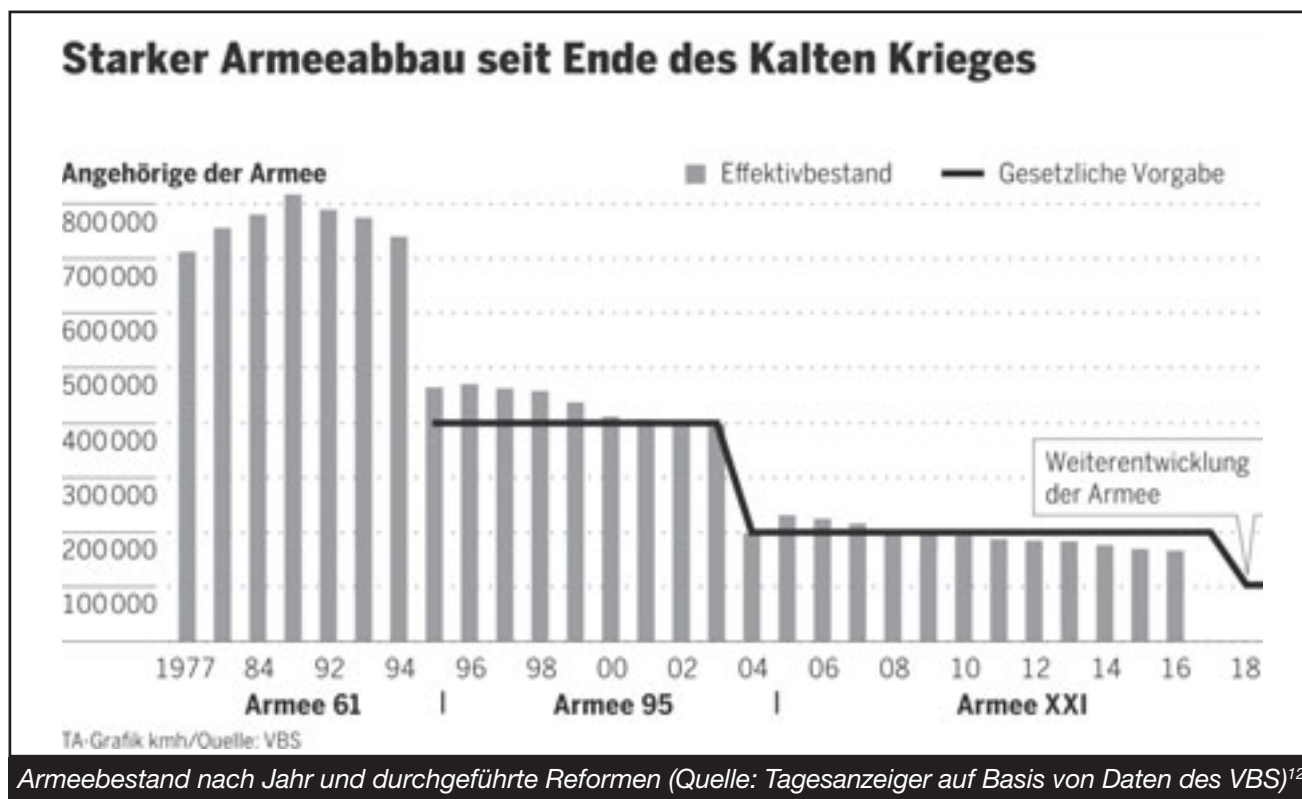
<sup>11</sup> Vgl. VBS; <https://www.vbs.admin.ch/de/verteidigung/armeebotschaften/armeebotschaft-2018.detail.publication.html/vbs-internet/de/publications/verteidigung/armeebotschaften/armeebotschaft-2018/Broschuere-Armeebotschaft-2018-d.pdf>, Stand: 16.03.2018.

gen auf mögliche Zukunftsszenarien ist jedenfalls zu bedenken, dass die Schrumpfung der Armee schneller vonstatten geht, als eine spätere Bestandserhöhung im gleichen Umfang. Die Dreissigerjahre lassen grüssen.

### 2.3 Wurden aus dem Gripen-Debakel die richtigen Konsequenzen gezogen?

Mit der Kampfflugzeugbeschaffung und der Ersatzbeschaffung für die BODLUV-Systeme stehen kostenintensive Beschaffungen an. Ohne Luftwaffe und Verteidigung des Luftraumes kann die Armee ihren Verfassungsauftrag der Landesverteidigung nicht wahrnehmen. Pazifistisch motivierte Versuche zur direkten oder indirekten Abschaffung der Armee hat das Schweizer Stimmvolk jeweils deutlich abgelehnt. Mit dem Nein am 18.05.2014 zum Gripen-Fonds-Gesetz hat das Schweizer Stimmvolk die Fondsfinanzierung – in Abweichung zur gewohnten regulären Beschaffung über Rüstungsbudgets – von 22 neuen schwedischen Gripen-Kampfflugzeugen mit 53,4 Prozent der Stimmen bachab geschickt. Eine Interpreta-





tion des Neins und der dahinterliegenden Motive legt nahe, dass der Referendumsentscheid gegen die Fondsgesetzvorlage kein generelles Nein zu neuen Kampfflugzeugen bedeuten konnte. Es waren die Typenwahl und die Umstände ihres Zustandekommens, die ein Amalgam von Unzufriedenheit schufen. So versammelten sich Armeegegner, Personen, denen das falsche Flugzeug missfiel, sowie Leute, welche die Beschaffung als zu teuer empfanden, im Nein-Lager. Die dürftige Führung des Evaluationsprozesses durch die politische Ebene war letztlich wohl mitverantwortlich für das Scheitern. Gerade auch aus armeerfreundlichen Kreisen stellten sich einige gegen die Vorlage, aus Zweifel an der Wahl des Flugzeugsystems. So kamen zwei als vertraulich klassifizierte Berichte zur Evaluation der Kampfflugzeuge zum Schluss: «Der Rafale ist das einzige Flugzeug, welches die Anforderungen der Luftwaffe in allen Einsatzarten erfüllt hat.»<sup>12</sup> Anders 1993 beim F/A-18, der klar

<sup>12</sup> Vgl. Basler Zeitung; <https://bazonline.ch/schweiz/standard/Kampfjet-Gripen-mit-unbefriedigenden-Noten/story/10934828>, Stand: 21.03.2018.

und unbestritten als beste Option verblieben war, hatten viele Armeebefürworter Zweifel an der Evaluation im Falle Gripen.

Nach dem Scheitern der Ersatzbeschaffung für die veralteten Tiger-Kampfflugzeuge erfolgte die beschleunigte Evaluation der neuen bodengestützten Luftverteidigung (BODLUV). Das Beschaffungsvorhaben sollte für das Rüstungsprogramm 2019 bereit sein. Nach dem für viele überraschenden Nein zum Gripen-Fondsgesetz wurde die Beschaffung vom VBS um zwei Jahre vorgezogen, auch um entstandene Lücken bei den Rüstungsbudgets zu kompensieren. Mangels Zeit, Leuten und Wissen lagerte der Bund die Evaluierung an einen Generalunternehmer, den Schweizer Ableger des französischen Rüstungskonzerns Thales, aus.<sup>14</sup> Als vermeintliche Unstimmigkeiten aus der Projektorgani-

<sup>13</sup> Vgl. Tagesanzeiger; <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Rechnenspiele-der-Armee-haben-politische-Folgen/story/19945957>, Stand: 15.03.2018.

<sup>14</sup> Vgl. Luzerner Zeitung; <http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/schweiz/Wenn-Experten-Experten-ueberwachen;art9641,919906>, Stand: 21.03.2018.

sation an die Medien geleakt wurden, sistierte der erst seit Kurzem amtierende neue VBS-Chef das Projekt und verlangte eine umfassende Analyse der Bedürfnisse für die Luftverteidigung.

In einem neuen Anlauf wurde nun eine Strategie (Air2030) ausgearbeitet, um die Beschaffung der Kampfflugzeuge und BODLUV aufeinander abgestimmt voranzutreiben. Über die Grundsatzfrage der Beschaffung soll das Schweizer Stimmvolk nach aktueller bundesrätlicher Planung in einem referendumsfähigen Planungsbeschluss abstimmen können. Die Beschaffung eines Gesamtsystems macht grundsätzlich Sinn und die ersten richtigen Schritte wurden eingeleitet.

Nach dem Abstimmungs-Debakel um den Gripen setzt der Bundesrat mit der umfassenden Vorlage für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und neuer BODLUV-Systeme nun alles auf eine Karte. Mit dieser Strategie möchte der Bundesrat verhindern, dass sich Anhänger von verschiedenen Kampfflugzeugen in der Typenfrage gegenüberstehen, wenn der wegweisende Volksentscheid fällt. Er will davon profitieren, dass die Verteidigung des Luftraums von einer breiten Mehrheit nicht infrage gestellt wird. Das Vorgehen bietet Risiken, versucht aber die Befürworter von Armee und Luftwaffe zu einen. An der Medienkonferenz liess

das VBS verlauten, dass die Resultate der technischen und fliegerischen Evaluation der Öffentlichkeit nicht vor der Abstimmung zur Verfügung stehen sollen. Der Fahrplan, berechnet man noch den Ausfall von Volksabstimmungen wegen der eidgenössischen Wahlen 2019 ein, ist aber exakt so, dass die Evaluation zum Zeitpunkt der in Kauf genommenen Referendumsabstimmung weit fortgeschritten oder abgeschlossen sein wird. Die Auswertungen der Tests werden wohl genauso wenig geheim bleiben, wie sie es bei der letzten Abstimmung oder beim BODLUV-Verfahren waren. Die Öffentlichkeit wird – wie die Vergangenheit gezeigt hat – sowieso von den Ergebnissen erfahren. Unsachliche öffentliche Diskussionen sind quasi vorprogrammiert.

Hinter die Frage, ob das geplante Vorgehen des Bundesrates richtig ist, setzen viele Experten ein Fragezeichen. Die politischen Prozesse werden es in naher Zukunft weisen. Man kann über den skizzierten Planungsbeschluss noch so debattieren, es ändert sich nichts an der absoluten Notwendigkeit einer raschen Ersatzbeschaffung für die Luftwaffe. Es ist nun höchste Zeit, vorwärts zu machen und die Mittel für den Schutz und die Verteidigung der dritten Dimension zu modernisieren. Nur so kann eine glaubwürdige und wirksame Armee aufrechterhalten werden.

## 3. Die Schweiz am Scheideweg

### 3.1 Eine Einordnung

Die weltweite Sicherheitslage spitzt sich zu und Konflikte an den Rändern Europas sind Tatsache. Neue geopolitische Dynamiken lösen die friedliche Weltordnung sukzessive auf. Die Aufrüstungen und Ambitionen der grossen Nationen wie Russland, den USA und China erzeugen Spannungen, Unsicherheit und damit eine erhöhte Bedrohungslage. Von autoritären Regimes geführte und getriebene Mittelmächte wie die Türkei oder Iran, die das Spannungsfeld der Grossmächte zur Verfolgung eigener strategischer Ziele mehr aggressiv als geschickt

nutzen, nehmen das Risiko eines grösseren strategischen Konflikts in Kauf.

Auch kleinere Staaten mit grossem wirtschaftlichem Wachstum vergrössern ihre Armeen und Bestände und fordern teils geopolitische Ansprüche ein und wappnen sich gegen aggressiver auftretende Nachbarn, wie beispielsweise im Südchinesischen Meer. Dies führt zu einer sehr unübersichtlichen Weltlage mit inzwischen neun Atommächten, vielen regionalen Konfliktherden und fehlender Ordnungsmacht; Cyberattacken und neu aufkeimender Terrorismus ergänzen das beunruhigende Bild. Nach Angaben von Coface hat sich die Zahl der

bewaffneten Konflikte zwischen 2007 und 2015 verdoppelt. Eine besonders düstere Dynamik entfaltet dabei der internationale Terror; der Anstieg des Terrorismusrisikos um das 2,8-Fache seit 2008 lässt sich nur als dramatisch bezeichnen. Bedroht ist der Wohlstand auch durch autoritäre Tendenzen, gesellschaftliche Zerfallserscheinungen und Populismus.<sup>15</sup>

Die Schweiz muss die drohende, sich seit Längerem abzeichnende Zeitenwende ernst nehmen und mit der Modernisierung der seit dem Kalten Krieg vernachlässigten Armee ernsthaft vorwärts machen. Die offizielle Schweiz hat bisher auf die sich verschärfende Weltlage nur ungenügend reagiert. Nach dem kontinuierlichen Abbau der Truppenbestände und dem jahrelangen Einpendeln des Landesverteidigungs-Budgets auf im internationalen Vergleich sehr tiefem Niveau ist spätestens jetzt eine klare Wende angezeigt, um nicht plötzlich wie vor den letzten beiden Weltkriegen ohne taugliche und damit Glaubwürdigkeit schaffende militärische Option dazustehen. Die Schweiz, als eines der reichsten Länder der Welt, rangiert bei den Ausgaben für Sicherheit und Landesverteidigung, gemessen am prozentualen Anteil des BIP, auf einem der hintersten Plätze weltweit. Wir sollten in unsere Sicherheit investieren, um unsere Unabhängigkeit und Freiheit weiterhin zu wahren.

Mit dem neuen Anlauf für die Kampflugzeug- und BODLUV-Beschaffung wurde ein schon lange dringlicher Schritt eingeleitet, da ohne den Schutz des Luftraumes die noch vorhandenen Bodentruppen im Konfliktfall keine faire Erfolgchance hätten. Wer der Bevölkerung mit lächerlichen Hinweisen auf die Erfolge von Vietcong, Taliban, islamistischen Terrorbanden und anderen Guerilla-Armeen weismachen will, dass der Erfolg nicht von einer modernen Armee abhängt, verharmlost in zynischer Absicht die unerhörten Verluste dieser schlecht ausgebildeten Fusssoldaten gegen moderne Waffensysteme. Kein Taliban, kein IS-Kämpfer, kein Peshmerga würde die Kalashnikov wählen, um gegen eine moderne Armee zu kämpfen – wenn er denn die Wahl hätte.

<sup>15</sup> Der Ökonom Mario Jung hat zusammen mit Kollegen Daten aus 159 Ländern der Welt zusammengetragen und für den Kreditversicherer Coface einen Index der politischen Risiken erstellt. <https://www.welt.de/wirtschaft/article163418845/Kriege-Terror-Instabilitaet-die-Welt-ist-ein-Pulverfass.html>

Die Rüstungsbedürfnisse der Schweiz sind mit der Erneuerung der Luftverteidigung noch lange nicht abgedeckt. Das Heer muss bis 2030 fast all ihr schweres Gerät ersetzen. Die notwendigen Ausgaben werden dabei kaum weniger hoch ausfallen als bei der Luftwaffe. Aber jeder Heeresoffizier ist sich nur allzu bewusst, dass die beste Voraussetzung für den Erfolg seiner mechanisierten Einheiten der Schutz des Luftraums ist, der überhaupt Mobilisierung und Einsatz der modernen Armee ermöglichen muss.

### 3.2 Erforderliche Massnahmen

- Die Schweizer Politik und die Regierung müssen ihre Verantwortung jetzt wahrnehmen und unsere Sicherheitsvorkehrungen dem Ernst der Lage anpassen. Es müssen rasch zuverlässige Prozesse eingeleitet und effizient Entscheidungen gefällt werden, um die Sicherheitspolitik der Schweiz auf die Zukunft vorzubereiten. Dringend nötige Beschaffungen sind zu realisieren, neue Systeme müssen zur Einsatzreife gebracht werden. Nur dadurch kann der Weg zu einer tatsächlich **glaubwürdigen Sicherheitspolitik** mit einer starken Armee und einer modernen Luftverteidigung geebnet werden.
- Parlament und Bundesrat schulden Land und Leuten ausreichende autonome und wirkungsvolle Verteidigungskapazitäten. Dabei ist es ein gefährliches Spiel, auf Kosten der Sicherheit zu sparen. Eine **ausreichende Finanzierung** der Armee in Richtung 2% BIP sollte auch für unser Land selbstverständlicher Massstab sein.
- *Egal, welches BODLUV-System man präferiert. Egal, welchen Kampffjet-Typen man am liebsten am Schweizer Himmel sehen würde: Es gilt, mit Blick auf das Ganze, geschlossene Reihen herzustellen. Bei den kommenden Beschaffungen können sich Armee und Milizorganisationen keinen internen Zwist leisten. Es gilt, stets das übergeordnete Ziel – den Schutz und gegebenenfalls die Verteidigung der Schweiz und ihrer Bevölkerung – im Auge zu behalten. Gegner einer wirksamen Schweizer Armee gibt es genügend. Eine eigene Zermürbung ist hoch schädlich und unnötig.*



## VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

### Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

### Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

### Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleiben.

### Unsere Mittel

Wir finanzieren unsere Publikationen durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

### Unsere Publikationen

finden Sie unter: [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)

### Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,  
Postfach 2407, 8021 Zürich 1

**Internet: [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)**

Telefon: 044 266 67 67 oder Fax: 044 266 67 00

Spenden auf:

Credit-Suisse-Konto: CH36 0483 5046 8809 0100 0

**Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!**